

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 2

Artikel: Die Entstehung des zweiten Indochinakrieges
Autor: Kuster, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347350>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Entstehung des zweiten Indochinakrieges

Während die nordvietnamesische Regierung und die Leitung der FNL Südvietnams die amerikanische Aktion in ihrem Land als willkürliche Intervention bezeichnen, halten die USA an ihrer These fest, auf Verlangen einer legitimen, von ausländischer Aggression bedrohten Regierung interveniert zu haben. Wie kam es in Wirklichkeit zum amerikanischen Engagement, und in welcher Situation wurde dieses begonnen?

Die Genfer Abkommen von 1954 beendigten den ersten Indochinakrieg, in welchem sich die Vietminh gegen die französische Kolonialmacht erhoben hatten. Diese Verträge sahen unter anderem vor, zwei Jahre nach ihrer Unterzeichnung allgemeine freie Wahlen in ganz Vietnam durchzuführen mit dem Ziel, das Land wieder zu vereinigen (Artikel 7).

Chef der zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes im Amte stehenden Regierung Südvietnams war Ngo Dinh Diem, der sich heftig gegen diese Bestimmungen wandte und erklärte, dass er sich durch sie keineswegs gebunden fühle. Tatsächlich ist dieser Punkt der Genfer Abkommen diskutabel. Die französische Regierung verpflichtete sich damit zu etwas, das eigentlich in der Kompetenz des völlig unabhängig gewordenen Südvietnams lag. Andererseits hatten die Franzosen infolge der für sie kritisch gewordenen militärischen Lage die Genfer Abkommen und damit auch Artikel 7, *conditio sine qua non*, zu unterschreiben. Das Diem-Regime wiederum hing absolut von der Präsenz des französischen Expeditionskorps ab. Im übrigen war Diem auf amerikanischen Druck hin von Bao-Daï, Exkaiser, in Cannes residierender vietnamesischer «Staatschef», auf seinen Posten berufen worden.

Die USA ihrerseits unterschrieben zwar die Verträge nicht, versprachen aber, sie weder mit Gewalt noch mit Drohungen zu modifizieren. Sie waren der Ansicht, der Vietminh würde die allgemeinen Wahlen nicht gewinnen und deshalb versuchen, sich Südvietnam mit Waffengewalt zu bemächtigen. Aus diesem Grunde drängten sie darauf, Südvietnam in den «Schutzbereich» der SEATO einzubeziehen, obwohl Artikel 19 der Genfer Abkommen Vietnam die Teilnahme an jeder militärischen Allianz verbot. Im gleichen Sinne wollten die Amerikaner Diem innenpolitisch unterstützen, was natürlich am wirksamsten auf militärischem Gebiet geschehen konnte. Besonders in dieser Beziehung aber waren die Artikel 16 und 17 der Genfer Verträge sehr deutlich: sie untersagten jegliche militärische Verstärkung irgendeiner Partei in Vietnam durch Waffenlieferungen oder Entsendung ausländischer Truppen. Sie hätten den Amerikanern also ver-

boten, die 225 Offiziere und 60 Soldaten¹, die sie im Moment des Waffenstillstandes dort stationiert hatten, zu verstärken.

Obwohl weniger eindeutig, befolgten die Franzosen unter dem Druck ihres militärischen Kommandos in Saigon im grossen und ganzen dieselbe Politik. Die französische Delegation in Hanoi unter Leitung von J. Sainteny, Anhänger der heutigen französischen Haltung gegenüber Vietnam, blieb ohne politische Bedeutung.

Trotzdem beschloss die damalige amerikanische Regierung unter Eisenhower, ihre Hilfe direkt Diem zukommen zu lassen, also die französischen Instanzen zu umgehen, denn in Washington war man damals noch sehr antikolonialistisch und deshalb der Kolonialmacht Frankreich gegenüber sehr skeptisch eingestellt.

Franzosen und Amerikaner hielten es jedoch für notwendig, das Regime von Diem zu «demokratisieren», das heisst die andern «zuverlässigen» Kreise Südvietnams in die Regierung einzubeziehen. Gemeint waren damit vor allem die politisch-religiösen Sekten, welche Diem feindlich gesinnt waren, aber die südvietnamesische Wirtschaft dominierten und grosse Teile des Landes dank ihren Privatarmeen beherrschten (Cao Dai, Hoa-Hoa, Binh-Xuyen). Diem kümmerte sich nicht darum und begann, seine politischen Gegner zu eliminieren, indem er sie gegeneinander ausspielte oder sie durch die Geheimpolizei und die Armee, deren Oberkommando er durch seine Leute hatte ersetzen lassen, auszuschalten.

Washington gab zwar seinem Unbehagen gegenüber den «undemokratischen» Methoden Diems von Zeit zu Zeit durch Protestschreiben Ausdruck, konnte sich aber nicht entschliessen, entschieden seine Druckmittel spielen zu lassen. Die amerikanischen Militärberater in Saigon sahen in Diem und seinen harten Methoden den Weg zu einem «freien» Südvietnam. Zudem brachte der militante Antikommunismus Diem in Amerika viel Kredit ein, waren doch die aus dem Norden emigrierten Katholiken seine treuen Verbündeten. Etwa 800 000 an der Zahl, waren sie aus Angst vor dem Kommunismus in den Süden gekommen. Ihre Befürchtungen waren berechtigt, hatten sie doch das alte feudalistische Kolonialregime bedingungslos unterstützt. Ihr grosser Advokat in Amerika war Kardinal Spellman. Zusammengehalten durch einen unerbittlichen Klerus, bildeten sie die Hauptstütze der ebenfalls katholischen Familie Diem.

Die französische Regierung (Ministerpräsident: Mendès-France) war in jener kritischen Zeit innenpolitisch äusserst geschwächt und sah ihrem nahen Ende entgegen. Ziemlich überstürzt trat sie an Diem alle ihr noch

¹ Die in diesem Artikel gemachten Angaben stützen sich vor allem auf die «Histoire de la guerre froide» von André Fontaine (Fayard, Paris, 1967) und die Studie «Les Américains au Vietnam», erschienen in «Les Temps Modernes», janvier 1966. In diesem Zusammenhang sind noch zwei Bücher zu erwähnen, die eine spezielle Beachtung verdienen: Donald Lancaster: «The Emancipation of French Indochina», Oxford University Press, 1961, sowie Jürg Horlemann und Peter Gäng: «Vietnam», Suhrkamp-Verlag, Frankfurt, 1966.

verbliebenen Funktionen ab, so dass Südvietnam bald der Dollarzone beitrug und im Frühjahr 1956 die letzten Einheiten des französischen Expeditionskorps Vietnam verliessen, das heisst also vor dem für die Wahlen vorgesehenen Datum! Abgesehen von einigen wirtschaftlichen Unternehmen und einer gewissen kulturellen Präsenz, war Frankreich damit in Südvietnam nicht mehr vertreten, was mit andern Worten heisst, dass Frankreich, welches in den Genfer Abkommen unter anderem freie Wahlen in ganz Vietnam garantiert hatte, politisch überhaupt über keine Einflussnahme mehr im indochinesischen Raum verfügte.

Wie vorauszusehen war, erstickte Diem jede Initiative, die geplanten allgemeinen Wahlen durchzuführen. Die internationale Kontrollkommission, welche die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen zu überwachen hatte, wurde in ihrer Tätigkeit sabotiert. Ihr Sitz in Saigon zum Beispiel wurde im Rahmen einer «nationalistischen» Demonstration von höchst zweifelhafter Spontaneität geplündert. Einladungen Nordvietnams, über den Wahlmodus zu verhandeln, wurden von Saigon gar nicht beantwortet. Eine Ermahnung der englischen und der französischen Regierung, darauf einzugehen, lehnte Diem ab mit der Behauptung, in Nordvietnam seien die Bedingungen für eine Volkskonsultation nicht vorhanden. Dulles stellte sich hinter Diem. Die Reaktion der kommunistischen Regierungen auf diese Sabotage war sehr milde. Die Sowjetunion, mit England zusammen Ko-Präsident der Genfer Verträge, war über den Ausgang der abzuhaltenden Wahlen nicht so optimistisch wie Ho Chi-Minh und war innenpolitisch im Entstalinisierungsprozess engagiert. Sie konnte deshalb an einer internationalen Spannung nicht interessiert sein. Schliesslich geriet das Vietnamproblem durch die Suezkrise und die ungarische Revolution vollkommen in den Hintergrund der Aktualität.

Während dieser Zeit begann Diem in Südvietnam seinen blutigen Feldzug gegen diejenigen, welche er als «Kommunisten» bezeichnete. Es handelte sich dabei vor allem um die ehemaligen im Süden wohnenden Guerillakämpfer, welche die Franzosen zum Rückzug gezwungen hatten. Auch hier existierte übrigens in den Genfer Abkommen (Artikel 14) eine Bestimmung, die Repressalien gegenüber den ehemaligen Maquis-Anhängern verbot. Zwei weitere Massnahmen Diems sollten sich sehr fatal auswirken. Die neuen Gesetze gestatteten den enteigneten Grossgrundbesitzern nämlich, in ihre alten «Rechte» zurückzukehren und das Land, welches den Bauern vom Vietminh verteilt worden war, wieder in Besitz zu nehmen und zu verpachten. Die Errichtung von sogenannten «strategischen Dörfern» dienten dem Zweck, die Landbevölkerung leicht kontrollieren zu können und diese gegen «subversive» Aktionen zu schützen. Diese neue Siedlungsstruktur jedoch, welche die traditionellen Dorfgemeinschaften der Bauern zerstörte und in vielen Fällen einer brutalen Deportation gleichkam, raubten dem Regime die letzte politische Unterstützung durch die Landbevölkerung.

In dieser Situation entwickelte sich rasch, das heisst von 1957 an, eine Art «deuxième résistance» gegen die herrschende Diktatur. Ihr Kern setzte sich aus ehemaligen Vietminh-Partisanen, enteigneten Bauern, Nationalisten und sonstigen Gegnern des Diem-Regimes jeder politischen Färbung zusammen. Die Anhänger dieser vorerst sehr losen Organisation wurden von der Diem-Propaganda als «Vietkong» (= Vietnam-Kommunisten), amerikanisch «Vici», bezeichnet. Dieser bewusst simplifizierende, pejorative Ausdruck ist an ihnen hängen geblieben. Die «Vietkong» begannen bald, sich militärisch zu organisieren. Waffen aller Art waren aus dem Zweiten Weltkrieg gegen die Japaner und dem ersten Indochinakrieg gegen die Franzosen genügend vorhanden, und neuestes amerikanisches Material erhielten die «Vietkong» von den Regierungstruppen, welche buchstäblich massenweise desertierten (nach amerikanischen Angaben bis zu 90 000 pro Jahr). Parallel dazu wurde eine sehr wirksame zivile Administration aufgebaut, welche 1962 80 Prozent des Landes und 60 Prozent der Bevölkerung kontrollierte. Im Dezember 1960 schliesslich ging aus den «Vietkong» die nationale Befreiungsfront Südvietnams («Front national de libération du Sudvietnam» – FNL) hervor. An ihrer Spitze stand ein liberal-pazifistischer Advokat aus Saigon. Was das politische Programm der FNL anbetrifft, ist vor allem der Wille hervorzuheben, zu einer echten nationalen Unabhängigkeit zu gelangen, und zwar durch eine aussenpolitische Neutralisation des Landes.

Wie verhielten sich die USA dieser Entwicklung gegenüber? Man kann ihnen zum mindesten grobe Fahrlässigkeit in der Beurteilung des Vietnamproblems vorwerfen. Ohne sich um eine ernsthafte Analyse der konkreten vietnamesischen Wirklichkeit zu kümmern, verschanzten sie sich gegen alle kritischen Einwände hinter dem alt gewordenen Klischee vom Kommunismus, der, von Moskau gelenkt, das freiheitsliebende Vietnam verschlingt. So zögerte Vizepräsident Johnson auf einer Südostasientournee im Frühjahr 1960 nicht, in Diem einen zweiten gegen die Tyrannei kämpfenden Churchill zu begrüßen. Er war es auch, der mit andern Beratern des Präsidenten zusammen Kennedy veranlasste, Südvietnam aktiver zu unterstützen. Ein Jahr später, 1961, war die Lage für das Diem-Regime äusserst kritisch geworden. Kennedy hatte eine prinzipielle Entscheidung zu treffen. Den Vorschlag, Vietnam zu neutralisieren, wie es mit Laos geschehen war, lehnte Kennedy ab. Im Dezember 1961, in den spannungsgeladenen Monaten nach der Errichtung der Berliner Mauer, beschloss er, die Militärberater in Vietnam auf 15 000 zu erhöhen. Mit diesem ernsthaften militärischen Engagement war den Amerikanern der Weg zurück nicht mehr möglich. Kennedy hatte diese folgenschwere Entscheidung getroffen, obwohl er immer wiederholt hatte, dass der Krieg in Vietnam nur gewonnen werden könne, wenn er vietnamesisch bleibe; andernfalls würde er zum Krieg der Weissen, den die Amerikaner wie die Franzosen verlieren würden.